

Der „Studentenberg“

Prognose und Realität*

| **DIETER DOHMEN** | Prognosen dienen auch der Handlungsbegründung. Gilt das auch für die Kultusministerkonferenz (KMK), die einen deutlichen Anstieg der Studierendenzahlen an den deutschen Hochschulen vorausgesagt hatte? Schwierigkeiten und Hintergründe der KMK-Prognose.

Vor drei Jahren wurde der Hochschulpakt I zwischen dem Bund und den Ländern geschlossen, weil für die kommenden Jahre mit einer deutlichen Zunahme der Studierendenzahlen gerechnet wurde; vielfach wurde auch von einem „Studentenberg“ gesprochen. Nach einer Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK), die dem Hochschulpakt zugrunde lag und 2005 veröffentlicht wurde, sollten 2014 bis zu 2,7 Mio. Studierende an den deutschen Hochschulen eingeschrieben sein.

Zwar hat die KMK die Zahl der Studienanfänger des vergangenen Jahres ziemlich gut durch das 75 Prozent-Szenario prognostiziert, allerdings sind die Studierendenzahlen mit 2,01 Mio. deutlich niedriger als von der KMK seinerzeit mit knapp 2,3 Mio. im unteren Szenario für das Wintersemester 2008/09 prognostiziert. Dass die KMK-Prognose die Zahl der Studienanfänger in den vergangenen Jahren meist ebenso überschätzte wie die Zahl der Studierenden hat verschiedene Ursachen, auf die im Folgenden eingegangen wird. Dabei wird sich zeigen, dass man auch der KMK zugute halten sollte: Prognosen sind zwar schwierig, aber unverzichtbar.

Zunächst kann eine Prognose nur auf den Erfahrungen der Vergangenheit

aufbauen und diese unter Berücksichtigung wichtiger Veränderungen und Einflussfaktoren in die Zukunft fortschreiben – „externe Schocks“ sind nicht prognostizierbar. Vor diesem Hintergrund sind die von der KMK zugrundegelegten Szenarien durchaus vertretbar.

»Die Argumentation mit einem »Studentenberg« war politisch zumindest kurzfristig nachvollziehbar.«

Schließlich lagen und liegen die langfristigen Übergangsquoten an die Hochschulen zwischen 75 und 90 Prozent. Kaum vorhersehbar war jedoch der starke Einbruch bei den kurzfristigen Übergangsquoten, die 2002 und 2003 noch bei 78 bzw. 80 Prozent gelegen hatten, dann aber schlagartig um über fünf Prozentpunkte einbrachen. 2008 erreichte die Übergangsquote im Übrigen wieder das frühere Niveau von 78 Prozent.

Gleichzeitig führten verschiedene Länder Langzeit-Studiengebühren ein, wodurch sich die Zahl der Langzeit-Studierenden wie auch der Studierenden um über 100 000 reduzierte. Wenn sich aber Studierende früher exmatrikulieren, verkürzt sich die durchschnittliche Studiendauer, die zudem durch die Umstellung auf die zweistufige Studienstruktur mit Bachelor und Master beeinflusst wird. Geht beispielsweise nur die Hälfte der Bachelorabsolventen in das Masterstudium über, dann verkürzt sich die „Regel“-Studiendauer von durchschnittlich fünf auf vier Jahre.

Politisches Kalkül?

An dieser Stelle befindet sich die KMK im strukturellen Prognose-Dilemma: Erstens lässt sich ex-ante kaum abschätzen, wie schnell die Umstellung auf BA und MA in den Hochschulen erfolgt. Zweitens hätte sie für eine realitätsnahe Prognose zugleich unterstellen müssen, wie hoch die Übergangsquote vom Bachelor- in das Masterstudium ist. Dies ist von politischen Vorgaben bzw. Finanzentscheidungen ebenso abhängig wie von strategischen Entscheidungen der Hochschulen.

Hier hätte die Politik also Entscheidungen treffen bzw. Vorgaben machen und dabei offenlegen müssen, welche Masterquoten sie bereitstellen bzw. finanzieren will. Jede Quote, die deutlich unter einhundert Prozent gelegen hätte, hätte einen Aufschrei aller Beteiligten verursacht. Je näher die Quote an 100 Prozent gelegen hätte, desto mehr Geld hätte bereitgestellt werden müssen, da der Betreuungsaufwand in der neuen Studienstruktur deutlich höher ist als in der alten. Indirekt hat die KMK diesen Weg gewählt, indem sie die alten Bedingungen fortgeschrieben hat. Damit umging sie zugleich das Problem, den Finanzministern und Regierungschefs angesichts der Problemlagen öffentlicher Haushalte zu vermitteln, dass 350 000 Studienanfänger im neuen System mehr sind als im alten – ohne dass es dafür empirisch eindeutige und unbestreitbare Zahlen gab.

Vor diesem Hintergrund war die Argumentation mit einem Studentenberg politisch zumindest kurzfristig durchaus nachvollziehbar. Ohne diese „Krücke“ wäre der Hochschulpakt I vermutlich nicht zustande gekommen. 2,4 oder 2,7 Mio. Studierende sind nun einmal eindeutig mehr als 2,0 Mio.



AUTOR

Dr. Dieter Dohmen ist Direktor des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FIBS) Berlin.

| Deutschland insgesamt | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |
|-----------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 75%-Szenario | 376 438 | 377 886 | 401 924 | 402 505 | 409 499 | 392 713 | 379 659 | 378.821 | 375 925 | 367 624 | 364 345 | 357 586 |
| 80%-Szenario | 401 403 | 403 366 | 428 193 | 429 889 | 436 736 | 419 784 | 405 862 | 404.914 | 401 839 | 392 572 | 389 193 | 382 085 |

Tabelle oben: Entwicklung der Studienanfängerzahlen bis 2020 („nachfrageorientiert“)

Tabelle unten: Entwicklung der Studierendenzahlen insgesamt bis 2020

| Studierende insg.(in Tsd) | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |
|---------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 75%-Szenario | 1 971 | 1 986 | 1 974 | 1 950 | 1 910 | 1 894 | 1 873 | 1 851 | 1 804 | 1 748 | 1 702 | 1 659 | 1 631 | 1 605 |
| 80%-Szenario | 1 977 | 2 016 | 2 027 | 2 025 | 2 006 | 2 005 | 1 995 | 1 977 | 1 927 | 1 868 | 1 820 | 1 775 | 1 745 | 1 716 |

Quelle: EduSim©

Nach der Prognose ist vor der Prognose und vor dem Hochschulpakt II

Nachdem die Prognose nun aber durch die Realität scheinbar „widerlegt“ worden ist, ergibt sich ein anderes „Dilemma“: In den kommenden Jahren steht ein Studienberechtigtenberg vor den Toren der Hochschulen, u.a. bedingt durch die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahren und steigende Übergangsquoten an die Gymnasien. Die Zahl der Studienberechtigten ist in den vergangenen fünf Jahren bereits um fast 80 000 gestiegen und wird in den nächsten fünf Jahren noch einmal um fast 50 000 steigen.

Legt man die Entwicklungen der vergangenen fünf oder sechs Jahre zugrunde, dann zeigen sich Hochphasen mit Übergangsquoten von annähernd 80 Prozent ebenso wie Talsohlen mit Quoten von deutlich unter 75 Prozent. Allein zwischen 2007 und 2008 ist die Übergangsquote bundesweit von 73 Prozent auf 78 Prozent gestiegen. In etlichen Bundesländern lag die Übergangsquote sogar deutlich über dem 85 Prozent-Szenario!

Ein „realistisches“ Szenario könnte daher von 75 bzw. 80 Prozent ausgehen. Hieraus ergeben sich unter Berücksichtigung länderspezifischer Unterschiede die Zahlen in der oben stehenden Tabelle.

Da die KMK von Übergangsquoten ausgeht, die sich aus einem mehrjährigen Durchschnitt ergeben, liegt deren neue Prognose etwas über dem unteren, aber deutlich unter dem oberen Szenario. Wenn das untere Szenario die Zukunft richtig einschätzt, dann wären

275 000 zusätzliche Studienplätze, wie sie beim Bildungsgipfel vereinbart wurden, ausreichend. Setzt sich hingegen die Entwicklung des vergangenen Jahres fort, dann wäre das obere Szenario besser geeignet, die Zukunft zu beschreiben. In diesem Fall wären jedoch fast 350 000 zusätzliche Studienplätze erforderlich. Der deutliche Anstieg des vergangenen Jahres scheint für höhere Zahlen zu sprechen.

Geht man ferner davon aus, dass die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe verringern wird, dann spricht auch dies eher für das obere Szenario. In diesem Fall würde die sinkende Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu einem zusätzlichen Nachfragedruck auf die Hochschulen führen.

Es spricht umgekehrt viel dafür, dass der Sprung bei den Studienanfängerzahlen 2008 auch einen Nachholeffekt hat, der teilweise auch durch Studienberechtigte bedingt sein dürfte, die – vorübergehend – wegen der Einführung von Studiengebühren verzichtet oder nach erfolglosen Bewerbungen im Heimatland in ein anderes Bundesland gewechselt sind. Für die Vermutung, dass Studiengebühren das Übergangsverhalten beeinflussen haben, spricht auch die Tatsache, dass Länder ohne Gebühren nunmehr eine gestiegene Zuwanderung und Länder mit Gebühren eine gesunkene Zuwanderung verzeichnen. Dies wäre in weiteren länderspezifischen Prognosen ebenso zu berücksichtigen wie verändertes Wanderungsverhalten durch unzureichende Kapazitäten in einzelnen

Ländern oder Werbekampagnen.

Unabhängig davon, wie sich die Zahl der Studienanfänger verändern wird, kann man davon ausgehen, dass sich die Zahl der Studierenden insgesamt allenfalls noch geringfügig erhöhen wird. In unseren Prognosen, die anhand unseres Instruments EduSim© durchgeführt wurden, und die auch die Effekte der Umstellung auf Bachelor und Master berücksichtigen, zeigen alle Szenarien allenfalls noch einen geringen Anstieg von derzeit 2,01 Mio. auf bis zu 2,03 Mio. Lediglich wenn eine längerfristige Übergangsquote von 85 Prozent oder ein höherer Anteil an Masterstudierenden bundesweit erreicht würde, wäre ein Anstieg auf etwas über 2,1 Mio. Studierende möglich, was einer Steigerung um weitere fünf Prozentpunkte im Vergleich zum Studienjahr 2008 entsprechen würde.

Ein solcher Anstieg würde jedoch eine weitere, deutliche Erhöhung der Studienkapazitäten erfordern, die aus den Entwicklungen der vergangenen Jahre nicht abgeleitet werden kann. Insofern können solche Szenarien im Hochschulpakt II keine Rolle spielen. In diesem Kontext könnte aber die neue ZVS interessant sein: Sie könnte endlich offenlegen, wie groß die Nachfrage nach Studienplätzen wirklich ist. Diese für die Abschätzung der Nachfrage wichtige Information fehlt bisher.

* Kurzfassung des Beitrages: *Der Studentenberg – Prognose und Realität*, FiBS-Forum Nr. 45 sowie in: *Kalle Hauss/Saskia Heise/Stefan Hornbostel (Hg.): Foresight between science and fiction*, iFQ-Working Paper No. 6 (i.V.)

Anzeige

Maresa Mertel

Drittmittelinwerbung zwischen Kooperation und Korruption Strafrechtliche Grenzen einer Flucht ins Privatrecht bei der Drittmittelinwerbung durch Hochschulen

276 Seiten, 31,- € plus Porto (Mitglieder des Deutschen Hochschulverbandes 27,- € plus Porto), ISBN: 978-3-924066-90-1

Bestellung über den Buchhandel oder bei:

Deutscher Hochschulverband | Rheinallee 18 | 53173 Bonn | Fax: 0228/9026680

